

Helmut Lindemann

Eine APO von rechts ?

Als vor einigen Wochen *Willy Brandt* erklärte, es gebe „eine rechte außerparlamentarische Opposition“, die es sich zum Ziel gesetzt habe, die derzeitige Bundesregierung baldmöglichst zu stürzen, machte sich in den Reihen der Unionsparteien lautstarke Empörung bemerkbar. Nun haben wir zwar im Frühsommer erlebt, daß in einerr Wahlkampf auch ein so besonnener Politiker wie Brandt einmal etwas sägen kann, was er später zurückzunehmen genötigt ist. Aber gerade weil der Bundeskanzler ein besonnener Mann ist *und* diese Erfahrung gemacht hat, war es von vornherein nicht wahrscheinlich, daß seine Bemerkung über die außerparlamentarische Opposition von rechts aus der Luft gegriffen war. Mindestens hätten sich seine oppositionellen Kritiker zunächst informieren und dann erst entrüsten sollen.

Seitdem nun am Reformationstag in Würzburg von rechtsradikalen Kräften innerhalb und außerhalb der NPD die sogenannte „Aktion Widerstand“ gegründet worden und nicht davor zurückgeschreckt ist, ihren Kampf gegen die Ostpolitik der Bundesregierung mit einer Mordhetze gegen Willy Brandt zu untermauern, besteht kein Anlaß mehr, das Vorhandensein einer „APO von rechts“ zu bezweifeln. Vielmehr wäre es gut, wenn sich die Empörung aller rechtschaffenen Demokraten in unserm Lande gegen diejenigen richten würde, die genau wie ihre politischen Ahnen vor vierzig Jahren das Verbrechen zum Mittel ihrer Politik machen wollen.

Damit ist freilich das Problem, auf das Willy Brandt mit seinem Hinweis auf die „rechte außerparlamentarische Opposition“ aufmerksam gemacht hat, in keiner Weise erledigt oder ausgeschöpft. Vielmehr sind damit einige Fragen aufgeworfen worden, die wir beantworten müssen, wenn wir zu einem angemessenen Urteil über die innenpolitische Lage der Bundesrepublik gelangen wollen.

Die erste Frage gilt dem Begriff der *außerparlamentarischen Opposition*. Er ist ein Abfallprodukt der großen Koalition, nach deren Zustandekommen im Dezember 1966 links und rechts von dem gewaltigen Regierungsblock einzelne Gruppen sich parlamentarisch nicht mehr vertreten fühlten. Da die Freien Demokraten als parlamentarische Opposition nur knapp zehn Prozent aller Mandate besaßen, befürchteten diese Gruppen, daß der Parlamentarismus überhaupt zum Erliegen käme. Die Unzufriedenen gingen entweder rechts zur NPD oder schlossen sich auf der Linken zu mehr oder minder organisierten Gruppen zusammen.

Am aktivsten und lautstärksten wurden dann 1967 und 1968 die studentischen Gruppen, bei denen das allgemeine Unbehagen mit dem immer akuter werdenden Notstand an unsern Hochschulen zusammenfloß. Da zu diesen Gruppen zahlreiche Intellektuelle gehörten, welche die Situation durchweg zutreffend analysieren und ihre Erkenntnisse eindrucksvoll vortragen konnten, gewöhnte sich die teilweise von der allenthalben entstandenen Unruhe verschreckte Öffentlichkeit daran, nur diese mehr oder minder weit links stehenden Gruppen als außerparlamentarische Opposition anzusehen und mit der Kurzformel APO zu kennzeichnen. Die APO waren langhaarige junge Leute, von denen das bürgerliche Idol „Ruhe und Ordnung“ bedroht wurde.

Was ist aus dieser APO geworden? Es gibt sie praktisch nicht mehr. Einmal hat die Wiederkehr einer handlungsfähigen parlamentarischen Opposition im Gefolge des Bonner Regierungswechsels vom Oktober 1969 eine außerparlamentarische Opposition für diejenigen überflüssig gemacht, welche das parlamentarische System als solches nicht beiseitigen, sondern nur reformieren wollen. Außerdem hat ein beträchtlicher Teil der linken APO inzwischen erkannt, daß die von ihr gewünschte Veränderung der Gesellschaft

nicht durch jähem Umsturz, sondern nur auf dem „langen Marsch durch die Institutionen“ herbeigeführt werden kann. Nachweisbar sind diese früheren APO-Mitglieder heute vor allem bei den Jungdemokraten und Jungsozialisten, wo sie den linken Flügel der jeweils zugehörigen Partei verstärkt haben und deren Establishment das Leben schwer machen. Das aber ist Bestandteil eines normalen demokratischen Prozesses.

Ein kleinerer Teil der linken APO hält an der revolutionären Zielsetzung fest, zerfällt jedoch in immer mehr und immer machtlosere Grüppchen und Zirkel, in denen ideologisches Sektierertum blüht, während die politische Wirksamkeit praktisch erloschen ist.

Nur der Vollständigkeit halber sei angemerkt, daß manche Mitglieder der APO einen dritten Weg gegangen sind, nämlich den Weg zurück in die selbstzufriedene bürgerliche Konsumgesellschaft.

Wenn jetzt vom Bundeskanzler und anderen vor einer „APO von rechts“ gewarnt wird, so handelt es sich um eine Erscheinung, die nur sehr bedingt als außerparlamentarische Opposition bezeichnet werden kann und zudem teilweise ganz andere Ziele verfolgt als die rebellierenden Studenten vor zwei oder drei Jahren. Die NPD und ihre Anhänger sind zwar noch in einigen Landtagen repräsentiert, spielen aber im Verhältnis zum Bundestag in der Tat die Rolle einer außerparlamentarischen Opposition. Das tun aber die Erben und Gralshüter des Nationalsozialismus seit zwanzig Jahren. Zudem befindet sich die NPD seit über einem Jahr auf dem Abstieg und wird möglicherweise schon bald aus allen Landtagen wieder verschwinden. Wie konnte es dann überhaupt zu den Ereignissen von Würzburg kommen?

Die Antwort ist nicht schwierig zu finden. Es war seit langem zu erwarten, daß die Beendigung der Nachkriegszeit gegenüber Osteuropa allen unbelehrbaren politischen Kräften in der Bundesrepublik noch einmal Anlaß geben würde, sich gegen die nüchterne Wirklichkeit aufzulehnen. Da diese Liquidierung, die vor allem die Anerkennung des territorialen Status quo und der staatlichen Teilung Deutschlands einschließt, unvermeidlich war, hätte sie früher oder später auch von einer christdemokratischen Bundesregierung vollzogen werden müssen; diese wäre dann bei den Unbelehrbaren auf ähnlichen, wenn auch vielleicht auf weniger heftigen Widerstand gestoßen.

Nun findet aber diese Liquidierung der Vergangenheit in einem Augenblick statt, da die Unionsparteien in Bonn die Opposition bilden. Die Unionsparteien haben sich in zwanzigjähriger Regierungszeit in die Rolle von Staatsparteien hineingelebt, nach deren Verständnis es eine Bundesregierung ohne ihre Beteiligung, wenn schon nicht ohne ihre Führung, eigentlich nicht geben darf. Das ist insbesondere die Einstellung von Politikern, die in den vergangenen zwanzig Jahren immer oder doch lange den Besitz der Macht an prominenter Stelle genossen haben; dagegen gibt es nicht wenige jüngere Christdemokraten, die es für normal, ja für nützlich halten, daß ihre Partei sich endlich einmal in der Opposition regenerieren kann. Für Männer wie *Kiesinger* oder *Strauß* aber stellt der Regierungswechsel vom Oktober 1969 fast so etwas wie ein Majestätsverbrechen dar.

Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, wenngleich nicht verzeihlich, daß Franz Josef Strauß sich seit über einem Jahr ganz unverhohlen zum führenden Rechtspolitiker der Bundesrepublik emporstilisiert hat. Als solcher hat er seine CSU zur Sammlungsbewegung für alle vaterländisch gesinnten Kräfte erklärt; als solcher hat er in seinem *Bayernkurier* Willy Brandt den Ausverkauf nationaler Interessen vorgeworfen, die Mitglieder der Bundesregierung zu Verzichtspolitikern erklärt und Walter Scheel nachgesagt, Gott habe ihn im Zorn zum Außenminister gemacht. Mit Äußerungen dieser Art, die ältere Beobachter an die Kampagne der Deutschnationalen und Nationalsozialisten gegen den Reichsaußenminister Gustav Stresemann erinnern, versucht Strauß, die Stim-

men bisheriger NPD-Wähler für die CSU einzuheimen und auch diejenigen Heimatvertriebenen, die noch nicht völlig in das Leben der Bundesrepublik integriert worden sind, hinter sich zu sammeln.

Leider ist der Tonfall des *Bayernkurier* nicht die einzige fatale Erinnerung an die Zerstörung der Weimarer Republik. *Der Spiegel* mußte unlängst zu berichten, daß schon im November 1969 zwischen Strauß und einer Gruppe führender Industrieller eine Beratung darüber stattgefunden habe, wie man am schnellsten und wirksamsten den Sturz der Bundesregierung Brandt/Scheel herbeiführen könne. Strauß hat bemerkenswerterweise nicht die Tatsache jener Zusammenkunft bestritten, sondern nur deren Bedeutung anders dargestellt. Schließlich haben die Gründungsväter der „Aktion Widerstand“ am Reformationstag in Würzburg einen Brief verlesen, worin Strauß die ihm zugegangene Einladung nicht etwa grundsätzlich, sondern lediglich aus Termingründen abgesagt hatte. Der Vorsitzende der CSU schien also keine Bedenken dagegen zu haben, sich mit Leuten wie *Adolf von Thadden* zu einer Kundgebung zusammenzufinden.

Alle diese Nachrichten und Ereignisse beschwören bei älteren Deutschen die Erinnerung an jenen 11. Oktober 1931 herauf, als sich in Bad Harzburg Deutschnationale und Nationalsozialisten mit ehemaligen Generälen und aktiven Industriellen und Finanzleuten zur „Harzburger Front“ zusammenschlossen. Der langjährige Reichsbankpräsident *Hjalmar Schacht* erklärte damals in Harzburg unter anderem: .

„Ich habe es am eigenen Leibe spüren müssen, was es heißt, gegen das Ausland am Verhandlungstisch zu kämpfen, wenn zu Hause eine Regierung sitzt, der es an nationalem Rückhalt fehlt.“

Und in dem Schlußkommunique der Harzburger Tagung warnte die sogenannte Nationale Opposition „vor dem Versagen der Regierungen und des Staatsapparates gegenüber dem Bluterror des Marxismus, dem fortschreitenden Kulturbolschewismus und der Zerreißung der Nation durch den Klassenkampf, vor der planmäßigen Ausschaltung der nationalen Kräfte aus der Leitung des Staates, vor einer Politik, die in der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entmannung Deutschlands noch über das Diktat von Versailles hinausgeht...“

Wer das eine Gespensterbeschwörung nennt, möge dafür diejenigen zur Verantwortung ziehen, die heute zu jener verhängnisvollen Redeweise zurückkehren. Schließlich war es Franz Josef Strauß, der schon vor Jahresfrist den von der jetzigen Bundesregierung unterzeichneten Atomwaffensperrvertrag ein SuperVersailles genannt hat und der heute dieser Regierung mangelnden nationalen Rückhalt vorwirft. Die Spuren sollten schrecken.

Was hat das alles aber nun mit der „rechten außerparlamentarischen Opposition“ zu tun, vor der Willy Brandt gewarnt hat? Kann man einen Bundestagsabgeordneten wie Franz Josef Strauß als Führer einer *außerparlamentarischen* Opposition bezeichnen?

Die Frage ist nicht ganz einfach zu beantworten, weil wir es offensichtlich mit einer Erscheinung zu tun haben, die in sich nicht einheitlich ist. Zu den Kräften, die sich im Kampf gegen die jetzige Bundesregierung anscheinend zusammengefunden haben, gehören Parlamentarier und Gruppen, die nicht im Bundestag vertreten sind. Nun sollte man, um Mißverständnissen vorzubeugen, betonen, daß es das Recht jeder Opposition ist, den Sturz einer Regierung zu betreiben, deren Politik ihr mißfällt. Es kommt nur entscheidend auf die Mittel an — und nicht zuletzt auch auf die Bundesgenossen.

Bundeskanzler Brandt hat im Bundestag schon mehrmals darauf hingewiesen, daß der Vorsitzende der CSU seinen Kampf gegen die Regierung viel heftiger außerhalb des Parlaments führt als im Plenarsaal oder den Ausschüssen. Gegenüber der linken APO ist seinerzeit gerade auch von den Unionsparteien immer wieder betont worden, eine außerparlamentarische Opposition dieser Art gefährde unsere verfassungsmäßige Ord-

nung. Das Argument verfiel bei den rebellierenden Studenten nicht, solange es keine parlamentarische Opposition gab, die ihre Sache gegenüber der Regierung vertrat. Heute ist die Lage jedoch völlig anders. Die um ihre Machtstellung bangenden Wirtschaftsführer finden bei den Oppositionsparteien ebenso williges Gehör und Unterstützung wie die Anhänger eines antiquierten Nationalismus bei Franz Josef Strauß und Teilen seiner CSU. Die parlamentarische Opposition, die fast so stark ist wie die Regierungskoalition, kann den Kampf gegen die Regierung also im Parlament selber führen. Beschränkte sie sich darauf, so würde sie das parlamentarische System stützen und die Demokratie festigen.

Was aber jetzt — und zwar vornehmlich in Bayern (leider muß man sagen: wieder in Bayern!) — geschieht, hat mit einem fairen parlamentarischen Kampf kaum noch etwas zu tun. Allerdings auch nicht mit einer wirklichen außerparlamentarischen Opposition. Sollte die „Aktion Widerstand“, wie sie in Würzburg auftrat, als Modell zu betrachten sein, so hätten wir es weniger mit einer „APO von rechts“ als mit einer Neuauflage der Harzburger Front zu tun. Dann aber ginge es nicht mehr um diese oder jene Regierung, sondern um die freiheitliche Grundordnung in unserm Staat.